

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21298 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.



Ankündigungen: Die 33 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Umständen 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Vollzug, Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptkassendirektor Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 34

Dresden, Dienstag, 10. Februar

1925

## Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge.

Reichstags-Sitzung vom 9. Februar.  
Präsident Edder eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Minuten und teilt mit, daß Abg. Dr. Hoffe sein Reichstagsmandat niedergelegt hat. (Sehr großes Hört! Hört!)

Die Einzelberatung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums und der mit der Verwaltung verbundenen zahlreichen Anträge aller Parteien wird fortgesetzt; und zwar mit der Besprechung über den Abschnitt: Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge.

### Abg. Drey (Soz.)

weist darauf hin, daß die Regierung der Privatindustrie für den Schiffsbau 50 Mill. Mark zur Verfügung gestellt hat, daß aber bei den Reichswerken eine Reihe von Schiffbaubetrieben stillgelegt worden ist, bei denen die Voraussetzungen der Reichsfinanzunterstützung gegeben waren. Es kommen dabei Orte in Betracht, wo die Reichswerke die Grundlage für das wirtschaftliche Gedeihen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern der gesamten Bevölkerung bilden, beispielsweise bei Rühringen mit 3000 Arbeitern und Friedrichs-ort mit 1000 Arbeitern. Große wirtschaftliche Nachteile sind auch in Gamm, Kassel, Bismarck, München und Duisburg durch Stilllegung von Reichswerken entstanden.

Die Sorge, welche die Reichsregierung für die Erhaltung der privaten Betriebe an den Tag legt, wirkt in erster Linie da Leistung haben, wo Betriebe des Reiches in Frage kommen, einmal aus finanziellen, dann aber auch aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen.

Hat denn die Regierung schon darüber nachgedacht, welche wirtschaftlichen und sozialen Verpflichtungen sie für die dort beschäftigten Arbeiter hat? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Tausende Arbeiter sind arbeitslos geworden, tausende Arbeiter laufen Gefahr, vor ein wirtschaftliches Nichts gestellt zu werden. Wir fordern, daß die Regierung diesen Verhältnissen ihre volle Aufmerksamkeit zuwendet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme jetzt auf die Rede zurück, die der Abg. Koch (Dnat.) am 4. Februar hier gehalten hat. Er hat sich darin die Behauptungen zu eigen gemacht, die in der Woche vor der Wahl in der „Berliner Arbeiter-Zeitung“ enthalten waren. Es wurde dort von unerhöhten Verlusten der Berliner Gewerkschaften bei der Ausschaltung von Unterstützungen an Erwerbslose gesprochen. Demgegenüber stelle ich fest:

daß die Zuweisung der Gelder niemals durch die Gewerkschaften, sondern durch die Prüfungskomitee des Berliner Magistrats erfolgt ist. Die Gewerkschaften hatten lediglich die Gelder auszusuchen, soweit ihre Mitglieder in Frage kamen, die Kontrolle darüber hatte der Magistrat. Er hat weiter behauptet, daß bei der Ausschaltung Tausende von Mark unterschlagen worden seien. Der Berliner Magistrat hat Revisionen vorgenommen, es ist aber nichts dertreffliches gefunden worden. Weiter hat Herr Koch behauptet, es seien Unterstützungen an Leute gezahlt worden, die nicht bezugsberechtigt gewesen seien. Dazu kann ich feststellen, daß Unterstützungen gezahlt worden sind an Leute, die an und für sich arbeitslos waren, die aber der Fürsorge unterstanden. Sie hatten Ansprüche in gleicher Höhe, es sind lediglich Fürsorge- und Erwerbslosengelder nicht getrennt verbucht worden. Eine Vertuschung öffentlicher Gelder ist in keinem Falle erfolgt. Der Verfasser des Artikels war ein Kontrolleur des Magistrats, er ist in dieser Eigenschaft angeordnet worden, alles zu untersuchen, was auf diese Dinge Bezug hat. Bis zum Jahre 1922, solange er im Amt war, habe er dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, erst nach Jahr und Tag in der Wahlwoche hat er seine Verleumdungen vorgebracht. Ein nachkontrollierender Magistratsbeamter, der den Deutschnationalen angehört, hat festgestellt, daß alles in tadelloser Ordnung war. Die Ausschaltung sei nicht nur einwandfrei erfolgt, es seien persönlich Arbeitsleistungen erfüllt worden, wie sonst nirgends. Die amtlichen Stellen hätten sehr viel sorgfältiger gearbeitet.

Ich stelle also fest, daß die Behauptungen, die Herr Koch sich zu eigen gemacht, wenn sie die Gewerkschaften an Erwerbslosengeldern bereichert hätten, Verleumdungen darstellen.

Bei der Frage der Erwerbslosenunterstützungen liegt ein kommunistischer Antrag vor, die Ausgaben für produktive Erwerbslosenfürsorge von 1.100.000 Mark auf 5 Mill. Mark zu erhöhen. Es wird aber von den Antragstellern kein Weg gezeigt, wie diese Mittel bereitgestellt werden sollen. Solche Wegmacherei ist allzu bequem, die Antragsteller sind sicher auch davon überzeugt,

daß ihr Antrag nur eine Stimmungsmache nach außen sein soll. Damit kann man den Erwerbslosen keine Hilfe bringen. Im Ausschuss haben ja die Kommunisten ähnliche Anträge gestellt, sie sind uns aber schließlich gefolgt und haben den Anträgen zugestimmt, die nach Lage der Verhältnisse durchzuführen waren. Die Sozialdemokratische Fraktion verlangt, daß zu diesem Titel eine Reihe Verbesserungen vorgenommen oder Zwischenlösungen durchgeführt werden. Ich habe die Überzeugung, daß mehr erreicht worden wäre, wenn die Verhandlungen mit dem Reich in objektiver Weise dargestellt worden wären. Es ist falsch, daß die Vertreter der Gewerkschaften im Reich für Erwerbslosenunterstützung mit der Erhöhung der Sätze die um 26 Proz. hinter dem zurückblieben, was wir gefordert haben, einverstanden gewesen sind. Sie haben in den Zwischenberatungen immer wieder eine weitgehende Berücksichtigung der Erwerbslosen gefordert, und erst als durch den Widerstand der Unternehmer die Erhöhung der Unterstützung überhaupt in Frage gestellt war, haben sie, um wenigstens etwas zu erreichen, den niedrigeren Sätzen zugestimmt.

Ich stelle fest, welchen Widerstand jede Erweiterung der Fürsorge für die Arbeiter findet im Gegensatz zu den Unterstützungen der Unternehmer, wie insbesondere die Industriellen an der Ruhr mit den 705 Mill. Mark finden. Was das nicht die schärfste Erbitterung hervorgerufen? Selbst bei den von uns geforderten Sätzen wäre von einer Sicherung der Existenz der Er-

werbslosen noch keine Rede gewesen. Der Satz von 1,35 Mark, auf den man gekommen ist, reicht nicht für das Notwendigste hin. Der Redner weist dann auf die Ungerechtigkeit hin, die die drückende Staffelung bei der Erwerbslosenunterstützung hervorbringt. Auch hier müsse eine Zwischenlösung gefunden werden, ebenso wie bei der Unterstützung bei wechselnder Tätigkeit, wo die Arbeiter ganz verschiedene Standpunkte einnehmen. Besonders schlimm ergeht es den Personen, die der Angestelltenversicherung unterstellt, aber nicht in die Erwerbslosenunterstützung einbezogen sind. Wir können nicht warten, bis der Umbau der Angestelltenversicherung endlich zustande gekommen ist, sondern wir müssen bald eine Zwischenlösung finden. Unsere Fraktion erhält gerade von diesen Personen hergehende Briefe, in denen ihr Stund geschickt wird.

Hier findet man die Ursachen für die Familiennotleidenden, von denen die Presse täglich berichtet. Wie sind die Arbeitsmöglichkeiten für Angehörige der Haushälterinnen? In Berlin gab es im Jahre 1923/24: 143.568 Arbeitsgesuche, denen nur 49.773 offene Stellen gegenüberstanden (Hört! Hört!), jedoch also dreimal so viel Arbeitsuchende als offene Stellen vorhanden waren.

Im vorigen Jahre befanden sich unter den Auswanderern 11 Proz. Kaufleute im Alter von 17 bis 50 Jahren, die Differenz gegenüber 1913, um das Fünffache gestiegen. Wir fordern, daß die Gesetzgebung nicht länger an diesen Zuständen vor-

übergeht. Als der Redner zum Schluß kommt, erörtern von der Rechten Dr. v. Bismarck, Abg. Drey stellt fest, daß mit diesen Reden die Achtung gegenüber der Klasse der notleidenden Bevölkerung zum Ausdruck kommt (Sehr großes Hört! Hört!).

Abg. Hartmann (Dnt.): Die beste Lösung der Erwerbslosensfrage liegt in der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten.

Abg. Barthel (Dem.) beantragt, einen Betrag von 80 Millionen vorwiegend zur Unterstützung solcher Erwerbslosen zu verwenden, deren Unterstützungsdauer abgelaufen ist. Der Redner fordert dann weiter eine Summe von 80 Millionen Mark zur Herstellung von Klein- und Mittelwohnungen und zur Obstandskultivierung.

Abg. Wübel (Komm.) verlangt Erhöhung der Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge auf 5 Millionen Mark.

Die Beratung wendet sich dann dem Abschnitt „Tarifverträge und Lohn- und Entgeltgesetze“ zu.

Abg. Wolf (Dnt.) stellt, nach seinen Erfahrungen als Richter im Schlichtungsverfahren, fest, daß die Schlichtungsergebnisse nur sehr kümmerliche Erfolge gehabt haben. Es sei ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß der Unternehmer irgendein Interesse an niedrigen Löhnen hätte. (Lachen links.)

Abg. Aufhäuser (Soz.): Raum war die Inflation überstanden, da füllten die Unternehmerordnungen wieder Boden

## Der Reichstanzler zur Räumungsfrage.

„Rheinlands Schicksal ist Deutschlands Schicksal.“

Köln, 9. Februar.

Während des zu Ehren des Reichstanzlers von der Stadt Köln heute veranstalteten Festessens ergiff Oberbürgermeister Dr. Abenauer das Wort zu einer Rede, in der er zunächst den Reichstanzler willkommen hieß und sodann weiter ausführte:

Die Lage des besetzten Gebietes ist nach wie vor hoch geistert. Gegenüber den Vorjahren schwer und drückend. Zwei Drittel der Erwerbslosen entfallen auf das besetzte Gebiet. In den schlechtesten wirtschaftlichen Verhältnissen kommt die Steigerung unserer seelischen Not, die uns die letzten Wochen gebracht haben. Wenn wir unsere juristischen, physischen und psychischen Lasten bisher geduldig getragen haben, so geschah das in der sicheren Erwartung, daß je zu dem im Versailler Vertrage angelegten Terminen ihr Ende finden.

In dieser Hoffnung sehen wir uns durch die Nichträumung Kölns aufs bitterste getrauert. Der ganze Verlauf der Angelegenheit zeigt uns klar, daß die Räumung mit anderen nicht im Vertrage als Vorbedingung der Räumung festgelegten Umständen verknüpft wird. Es handelt sich nicht nur darum, ob die Kölner Zone festgenommen oder einige Wochen später geräumt wird, nein, in Wirklichkeit steht zur Debatte die Frage, ob die Besetzung des rheinischen Gebietes ohne Rücksicht auf die ihre Zeit begrenzende Frist des Vertrages dauernd bleiben soll. Die Empörung und die Bitterkeit, die uns erfüllt hat, wächst von Tag zu Tag, wenn wir sehen, wie vom Auslande die Frage der Räumung behandelt wird.

Wir Rheinländer verlangen von den Vätern der Befehlshaber, daß sie die Räumungsfrage, die für das Schicksal Europas entscheidend ist, mit mehr durch den Ernst und die Bedeutung der Sache gebotener Eile mit aller Loyalität und im Sinne der wahren geistigen Abklärung behandeln, die für die Wohlfahrt ganz Europas ganz unerlässlich ist. Wir Rheinländer wollen eine vernünftige, die Freiheit Deutschlands und die Befriedung Europas erzielende Politik. Die Ausführungen Dr. Abenauers endeten mit einem Hoch auf den Reichstanzler.

Der Reichstanzler Dr. Luther erwiderte auf die Worte des Oberbürgermeisters u. a. mit folgenden Worten:

Rheinlands Schicksal ist Deutschlands Schicksal. Rheinlands Freiheit ist Deutsch-

lands Freiheit. Das ist die Auffassung der deutschen Reichsregierung. Dies vorzuzugewahren, ohne immer wieder in die Welt selbstverhängnisvoll zu fallen, ist die Aufgabe Deutschlands, die ich heute im Namen des Reichstanzlers um Treue bitten möchte.

Die Reichsregierung verfolgt erneut jede Not des besetzten Gebietes im vollen Bewußtsein der Aufgabe, die nun schon so manches Jahr das Gebiet für ganz Deutschland leidet. Da ist die selbstverständliche Politik der deutschen Regierung folgende:

Wir haben in unserer Politik dafür gesorgt, daß das Rheinland nicht zu einer Reparationsprovinz wurde. Wir werden in unserer weiteren Politik dafür sorgen, daß die politischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den Alliierten nicht abhängig von Fragen des Rheinlandes sich vollziehen.

Der deutsche Reichstanzler kann von der Frage der Nichträumung der nördlichen Zone nicht sprechen, ohne immer wieder in die Welt hinauszurufen, daß die Grundlagen für die einseitige Entschädigung der Alliierten über die Nichträumung bis heute nicht mitgeteilt worden sind. Der Zustand ist also der, daß die Voraussetzungen für Verhandlungen über die Räumung ausschließlich von den Alliierten nicht erfüllt worden sind. In Verhandlungen ist die deutsche Regierung bereit, wie ich es bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausgesprochen habe. Die deutsche Regierung ist ebenso bereit, mit berechtigten Ansprüchen, die etwa von Seiten der Verbündeten in der Frage der Entschädigung erhoben werden, oder sonst zur Kenntnis der deutschen Regierung kommen, auf das schnellste auszuräumen. Das Ziel der Verhandlungen aber, die wir mit allem Nachdruck erstreben, muß sein, die schnellste Räumung der nördlichen Rheinlandzone, damit das Rheinland das erhält, was ihm nach dem Versailler Vertrage zusteht.

Ich habe in meiner Rede, die ich am 30. Jan. nur vor ausländischen Journalisten also vor der Weltöffentlichkeit gehalten habe, an den französischen Ministerpräsidenten die Frage gerichtet, ist der Herr Ministerpräsident entschlossen, die nördliche Rheinlandzone sofort zu räumen,

nachdem die Befestigung der Deutsch-land etwa nachgewiesenen Bezüge in der Abrüstung sichergestellt ist? Ich habe auf diese Frage bis heute keine Antwort bekommen. (Hört! Hört!)

Wohl aber ist von politischer Seite in der französischen Presse ausgesprochen worden, daß die Räumung der Kölner Zone nicht etwa nur von der Entschädigungsfrage, sondern auch davon abhängig gemacht werden solle, daß vorher ein besonderer Sicherheitspakt zugunsten Frankreichs zustande komme.

Ich kann nicht annehmen, daß in dieser Auffassung die Absicht der Regierung zum Ausdruck kommt. Immerhin muß ich bei der begründeten Vermutung, die über diese Frage nicht nur im besetzten Gebiet, sondern in ganz Deutschland besteht, folgendes bemerken: Ich habe namens der deutschen Reichsregierung ausgesprochen, daß sie bereit sei, an der Lösung der Sicherheitsfrage mitzuwirken.

Sollte man aber von der Lösung dieser Frage die Räumung abhängig machen, so muß dieser Gedanke, der faktisch Begründung im Vertrage von Versailles findet, mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden. Der Gedanke würde ebenfalls einen Niederbruch der juristischen und moralischen Grundlage für das Zusammenleben der Völker überhaupt bedeuten. (Sehr richtig!) Es wäre nicht nur das Gegenteil des Geistes, der im Londoner Abkommen zum Ausdruck gekommen ist, sondern es wäre überhaupt das Gegenteil des Gedankens internationaler Verständigungen, ja das Gegenteil des Gedankens der Sicherheitsverträge selbst.

Denn auch diese Verträge müssen eben, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, unter dem Gesichtspunkte der Achtung vor dem Vertrag stehen. (Sehr wahr!) Von der ungewissen Bedeutung der Frage, um die es sich handelt, ist das ganze deutsche Volk durchdrungen. (Sehr richtig!)

Der Kaiser schloß seine Rede mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den deutschen Rhein. Die Versammlung erhob sich und stimmte begeistert in den Ruf ein.

Der Reichstanzler Luther hat heute abend Köln verlassen und um 11,53 Uhr die Reise nach Brüssel angetreten.